

# Europas Unfähigkeit zu einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Gerd F. Kaldrack

Die Römischen Verträge waren 1957, also vor 60 Jahren, die Geburtsstunde der europäischen Integration für ein modernes und friedvolles Europa. Sie sollten eine Antwort auf die tiefen und verheerenden Wunden des Zweiten Weltkrieges sein. Zuvor – 1954 – musste die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit ihrer geplanten Europaarmee in Stärke von 57 aktiven und gekaderten Divisionen zu Grabe getragen werden. Frankreich hatte den EVG-Vertrag schließlich nicht ratifiziert.

Seither gab es für Europa als sicherheitspolitische Alternative nur die NATO mit ihrem amerikanischen nuklearen Schutzschild. Die Bundeswehr wurde Bündnisarmee, ihre Truppenteile assigniert und in die Kommando-, Planungs- und Ver-

weitslage muss daher ernsthaft gefragt werden, warum die EU dieses erfolgreiche strategische und strukturelle Sicherheitsbeispiel nicht im Ansatz übernommen hat? Mit Ende des Kalten Krieges gelang Europa immerhin der Maastricht-Vertrag (1993); er

in den 1990er Jahren zeigten den Europäern dann jedoch einmal mehr ihre Grenzen. Ohne Amerika konnte dieser europäische Konflikt nicht mit Erfolg beendet werden. Der Europäische Rat (ER) beschloss daher noch 1999, auf der Grundlage der Helsinki Headline Goals bis 2003 eine EU-Eingreiftruppe mit 50.000 bis 60.000 Soldaten aufzubauen, die innerhalb von 60 Tagen für die sogenannten Petersberg-Aufgaben einsatzbereit sein sollte. Dies misslang.

Daraufhin wurde das weniger anspruchsvolle EU-Battlegroup-Konzept entwickelt. Die multinational ausgelegten Battlegroups wurden als schnell verfügbares Instrument der EU zur militärischen Krisenreaktion aufgestellt. Zwei Battlegroups jeweils in Stärke von ca. 1.500 Soldaten werden stets im Wechsel der Mitgliedsländer in Bereitschaft gehalten. Deren Einsatz hängt von einer Entscheidung des ER ab. Ob die Battlegroups allerdings ein geeignetes militärisches Krisenreaktionsmittel sind, konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Sie wurden nicht eingesetzt.

Mit dem Vertrag von Lissabon (2009) sollten die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vertieft und zugleich auch die europäische Wertegemeinschaft besonders herausgestellt werden. Die sicherheits- und verteidigungspolitische Gemeinschaft (GASP/GSVP) im Sinne des Vertrages war aufzubauen. Trotz einvernehmlicher vertraglicher Vorgaben ist es aber bis heute nicht gelungen, eine Umsetzungsstrategie auf der Grundlage der Konzepte „Pooling & Sharing“ und „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ zu entwickeln. Es blieb Stückwerk und die EU mit ihren 28 Nationalstaaten ein sicherheitspolitischer Popanz, die übrig gebliebenen EU27 im heutigen Zustand umso mehr. Aber wer übernimmt für dieses permanente Versagen seit Jahrzehnten die Verantwortung



(Foto: EU)

**Einer der ersten Gipfel, damals im Europa der Sechs, im Salon de l'Horloge, in der Quai d'Orsay in Paris am 10. Februar 1961**

teidigungsstruktur integriert. So konnte der massiven militärischen Bedrohung durch den Warschauer Pakt erfolgreich begegnet werden. Der Kalte Krieg endete 1989. Angesichts der heutigen desolaten Sicher-

wurde Grundlage für die völkerrechtlich verbindliche Europäische Union (EU). Teile nationaler Souveränität wurden an Institutionen der Gemeinschaft abgegeben. Zum Vertragswerk gehörte auch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ziel war es, eine gemeinsame Verteidigungspolitik und Verteidigungsperspektiven zu entwickeln. Also vor 25 Jahren. Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nahm allmählich Gestalt an. Der Zerfall Jugoslawiens und der Kosovo-Konflikt

## Autor

**Oberst a.D. Gerd F. Kaldrack**  
ist freier Publizist.



# HENSOLDT

*Detect and Protect.*



## Das **neue** Sensorhaus

100 Jahre Verteidigungs- und Sicherheitselektronik unter einem Dach.

[www.hensoldt.net](http://www.hensoldt.net)

oder besser: wer haftet für diese Misere? Selbst Studien zur Entscheidungsfindung oder zielführende Leuchtturmprojekte für eine europäische Umsetzungsstrategie wurden nicht in Auftrag gegeben oder öffentlich diskutiert.

## Der Brexit verändert die Grundlagen

Seit ihrer Gründung ist die EU ständig gewachsen. Jetzt allerdings, mit dem Brexit, verlässt erstmals ein Mitglied die Union. Damit wird der EU und der GASP/GSVP ein großes Potenzial entzogen. Eine EU27 mit einer Bevölkerung von 450 Millionen und

1,4 Millionen Soldaten unter Waffen und geben dafür insgesamt jährlich ca. 209 Milliarden Euro aus, um damit jedoch nur zehn bis zwanzig Prozent der US-amerikanischen Effizienz zu erreichen. Andererseits stellt Russland mit einem Militärbudget von ca. 76,6 Milliarden US-Dollar und 750.000 Soldaten mit hoher Effizienz eine große Bedrohung für die Ukraine, die EU und die NATO dar.

Die USA sind jetzt nicht länger gewillt, die Sicherheit Europas überproportional zu finanzieren. Ein gerechtes Burden Sharing wird massiv eingefordert, ein Klassiker schon aus den 1970er Jahren in den euroatlantischen Beziehungen: Europa müsse

lung der vereinbarten Ziele abhängig zu machen, steht auch die Erkenntnis, dass zu einer transatlantischen Sicherheitspartnerschaft auch ein faires finanzielles Gleichgewicht gehört und natürlich ein vertragskonformes Verhalten der EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschlands. Aufgrund der angelsächsischen Weckrufe ist die EU gefordert, endlich eigenständiger und unabhängiger zu werden. Es muss sich die Erkenntnis von Werner Hoyer, dem ehemaligen Staatsminister im Auswärtigen Amt, aus dem Jahr 2002 durchsetzen, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Sicherheit „in Europa“ das Ziel war, heute jedoch auch „für Europa“ und „durch Europa“.

Die Krisen und Konflikte im Mittelmeerraum bedrohen geradezu den Zusammenhalt der EU. Sie sind existenziell. Europa muss endlich begreifen, dass die Gegenküste im Mittelmeer zu seinem strategisch vitalen Einflussbereich gehört. Dies ist schlichtweg ein strategisches „Kleines Einmaleins“. Strategische und operative zivil-militärische Fähigkeiten auf europäischer Ebene sind gefordert, nicht als Global Player, sondern einfach zur eigenen Selbstbehauptung und zum Grenz- und Küstenschutz. Doch selbst die Chancen des „Arabischen Frühlings“ wurden nicht genutzt. Auch dem Bemühen Frankreichs seit 2008, eine Mittelmeerunion zu gründen, war wenig Erfolg beschieden. Die EU steht weiterhin an der Außenlinie und versucht auf vielfältige Weise, die unterschiedlichen Flüchtlingsströme in den Griff zu bekommen. Russland hingegen stieg im Syrienkonflikt unmittelbar zu einem bestimmenden Machtfaktor im Mittelmeer auf. Weder das Zarenreich noch die Sowjetunion schafften dies. Ohne Russland läuft jetzt kaum etwas. Zugleich nutzen die Türkei und Russland das humanitäre Elend geradezu als eine Art Waffe, zumindest zur politischen Erpressung. Je mehr Flüchtlinge aus Syrien kommen, umso mehr wird Europa destabilisiert. Doch die Hohe Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, hat die Gefahr erkannt und versucht, mit einer Strategie zur Befriedung und zum Wiederaufbau Syriens die Initiative zu ergreifen, um eine politische Lösung zu finden.

Aber reicht das? Hätte Europa als Wertegemeinschaft sich nicht intensiver in das Syrien-Drama einbringen müssen, um im Sinne der Ursachenbekämpfung glaubwürdiger zu sein? Die EU hätte angesichts der enormen Auswirkungen auf die europäische innere und äußere Sicherheit zu einem mitbestimmenden zivil-militärischen Akteur werden müssen. Die europäischen Bürger haben ein Recht auf Schutz und Sicherheit, sie haben ein Recht, durch mehr



**Die Römischen Verträge wurden in diesem Jahr 60 Jahre alt.**

einem BIP von 12,4 Billionen Euro bleibt übrig, in sich zerstritten. Und dies angesichts der riesigen Herausforderungen durch Globalisierung, Digitalisierung und eine geradezu existenzielle Bedrohung an den europäischen Peripherien im Osten und im Süden (Naher Osten und Mittelmeerraum). Kriege sind dort zurückgekehrt. Die EU ist nicht in der Lage, darauf verantwortungsvoll zu reagieren. Selbst ihre Werte und die hoch gehaltene Moral werden nicht verteidigt. Rund vier Millionen syrische Flüchtlinge hausen unter erbärmlichen Bedingungen in Lagern der Türkei, des Libanons, Jordaniens und Iraks. Dazu die Flüchtlinge in Europa, insbesondere in Deutschland. Sich hier vor allem auf einen humanitären Imperativ zu berufen, ist zu wenig, wenn zugleich der europäische Imperativ für eine robuste GASP/GSVP außer Acht gelassen wird.

Dabei ist der Zustand der GSVP vor allem eine Verschwendung kosmischen Ausmaßes: 28 Außen- und 28 Verteidigungsministerien (2015) halten zusammen etwa

einen größeren Anteil an den Verteidigungslasten tragen. Ein Beispiel aus dem Jahr 1978: Die USA leisteten 59 Prozent der Verteidigungsausgaben der NATO, die Bundesrepublik Deutschland den zweithöchsten Anteil mit 11,5 Prozent. Mitte der 1980er Jahre sollte der Verteidigungsbeitrag der Europäer entsprechend ihren wirtschaftlichen Leistungen ausgelegt werden. Im Weißbuch 1994 war zu lesen: „Es wird weniger und anderes Material als früher benötigt, und alle haben weniger Ressourcen. Diese Situation verlangt drängender als je zuvor gemeinsame Lösungen“. Die Schlüsselworte in dieser jahrzehntelangen Debatte um Ressourcen- und Kostenreduzierung waren: Kooperation, Rationalisierung, Standardisierung und Rüstungszusammenarbeit, aber auch Bündelung und Zusammenfassen von Rüstungsaufgaben sowie gemeinsame Ausbildung und Logistik. Auch heute haben sie nicht an Aktualität verloren.

Hinter der Drohung von Donald Trump, die Beistandsverpflichtung von der Erfül-

Transparenz mitgenommen zu werden. Doch das weit verbreitete Desinteresse der Nationalstaaten an den europäischen Gesamtproblemen, seinen Verträgen, denen sie alle zustimmten, und an einer robusten GASP/GSVP rächt sich jetzt.

## Druck von unten

Ein destruktiver, zerstörerischer Druck von unten wächst heran. Rechtspopulistische Parteien wollen die EU auflösen und den Euro abschaffen. Wir brauchen eine neue europäische Identität und keine verhängnisvollen Auflösungsbestrebungen. Verträge und Vereinbarungen sind einzuhalten bzw. umzusetzen. Insofern ist die neue Bürgerbewegung „Pulse of Europe“ sehr zu begrüßen. Sie will die Straße nicht antieuropäischen Rechtspopulisten oder Wutbürgern überlassen. Sie kämpft für ein reformiertes Europa. Auch ein Projekt „Lösungsmodelle einer integrierten und vernetzten europäischen Sicherheitsverantwortung im Einklang mit nationalen Sicherheitsinteressen“ fand wenig Interesse von europäischen und deutschen Spitzenpolitikern. Die Politiker bleiben in der Regel im Vagen, obwohl die Bedrohung der äußeren und inneren Sicherheit Europas heute größer ist als je zuvor. Gleichzeitig zeichnen sich die Nationalstaaten häufig durch Nichthandeln oder Egoismus aus. Das europäische Establishment ist einfach lethargisch.

Der innere Zustand und der Zusammenhalt der EU bedürfen der Weiterentwicklung, wenn sie sich in einer globalisierten Welt behaupten, die Krisen und Konflikte vor ihrer Haustür meistern, ihre Außengrenzen sichern, die innere Sicherheit und den inneren Frieden trotz Flüchtlingen, nationalistischer Tendenzen (z.B. Ungarn, Bulgarien, Polen, Balkan), populistischer Bewegungen (z.B. Frankreich, Italien, Österreich, Niederlande) und einer schwelenden Wirtschafts- und Währungsfrage in der Eurozone aufrechterhalten will. Der Brexit und der 45. US-Präsident stellen zudem die EU vor eine völlig neue Lage. Der Schutzschirm der USA wird löchriger, während Russland sich als neue Mittelmeeremacht etabliert. Spätestens jetzt sind Mut, Durchsetzungsvermögen und schnelles Handeln gefragt, schlichtweg politischer Wille. Europäische Freiheit bedarf der Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.

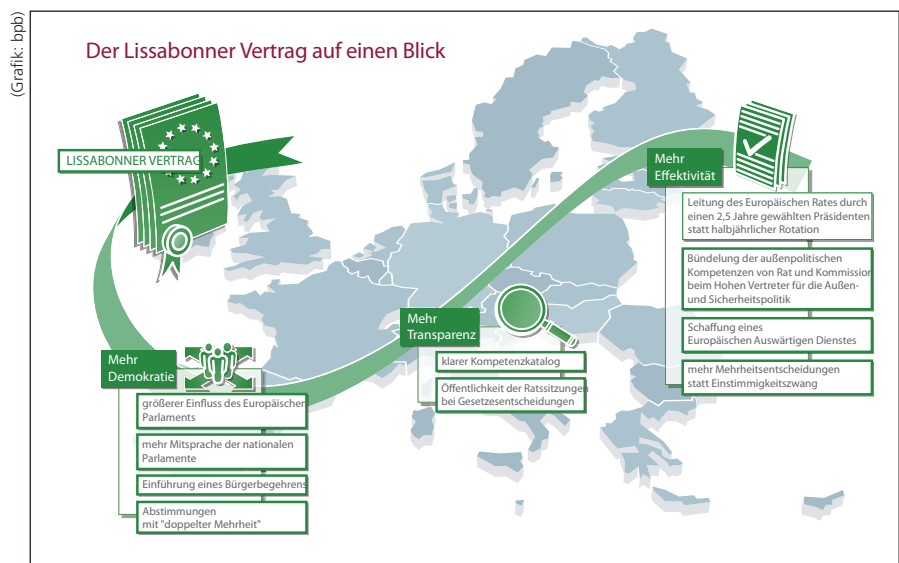
Tut sich jetzt in der EU etwas Nachhaltiges auf? Ansätze sind durch die neue Europäische Globale Sicherheitsstrategie für ein stärkeres Europa vom Sommer 2016 erkennbar, auch an deren Umsetzungsplan und mit dem eingeleiteten Bratislava-Prozess. In den letzten drei Koalitionsverein-

barungen der Bundesregierungen wurde auch immer wieder eine Europa-Armee gefordert, allerdings langfristig. Das heißt seit zwölf Jahren. Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker griff seit Frühjahr 2015 mehrfach diese Idee auf und veröffentlichte jetzt ein Weißbuch zur Weiterentwicklung auch der GASP/GSVP. Und schließlich will die Europäische Volkspartei (EVP) mit einem EU-Strategiepapier den Weg zu einer EU-Verteidigungs-Union ebnen. Selbst kleinere Nichtregierungsorganisationen wie die EuroDefence Deutschland forderten im Frühjahr 2016 in einem Positionspapier die Aufstellung einer „EU-Feuerwehr“, analog zu dem ehemaligen Mobilen Eingreifverband des Alliierten Oberbefehlshabers Europa. Es dürfte interessant werden, was wohl von all diesen Papieren umgesetzt wird.

## Europa steht am Scheideweg

Ein Weiter so erscheint kaum möglich. Europa steht einmal mehr an einem Scheideweg. Es gilt den Zerfall der EU zu verhindern. Die Schlüsselfrage ist daher, wie kann

glieder eingehen, um die Herausforderungen an der östlichen Außengrenze, die existenziellen Unsicherheiten im Mittelmeerraum und die Folgen des Brexit einer praktikablen Lösung zuzuführen. Dabei gilt die Grundidee, Großes auf europäischer Ebene und Kleines auf nationaler Ebene zeitnah zu gestalten, abzustimmen und zu verwirklichen, auch durch bessere Integration, Koordination und Kooperation. Heinrich August Winkler schließt sein großes Standardwerk „Geschichte des Westens“ mit der Feststellung: „Der Westen muss sich erneut auf Zeiten einstellen, in denen alles auf seinen Zusammenhalt ankommt. Was für das Atlantische Bündnis gilt, trifft auch auf die Europäische Union zu. Nur wenn sie es lernt, in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen, hat sie Aussichten, ihr Gewicht in der westlichen Allianz voll zur Geltung zu bringen und im Weltmaßstab als Global Player ernst genommen zu werden.“ Ob die EU27 diesen Willen zu mehr Zusammenhalt und Geschlossenheit aufbringen kann, ist eher skeptisch zu beurteilen. Es gibt starke Tendenzen des



**Mit dem Vertrag von Lissabon wollte man mehr Demokratie, mehr Transparenz, aber vor allem mehr Effektivität erreichen.**

dem Machtvakuum durch eine stärkere und effizientere Verteidigungsfähigkeit der EU im Rahmen einer neuen europäischen Friedensordnung begegnet werden und wie kann Europa seine Bürger und seine territoriale Integrität selbst schützen. Die EU benötigt daher dringend, um aus den Sicherheitsdilemmata herauszukommen, empirisch brauchbare, politisch vertretbare und praktisch durchsetzbare Lösungsangebote. Eine Zukunftsstrategie und -architektur muss auf die unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse und geopolitischen Herausforderungen der EU und ihrer Mit-

„Sich-Zerlegens“. Aus langjähriger europäischer Erfahrung und im Sinne des rheinischen Humors ist aber festzuhalten: Es ist noch immer gut gegangen – immerhin seit 60 Jahren. Oder ernsthafter ausgedrückt: Die letzte Messe ist noch nicht gelesen. Trotzdem: Selbst nach 60 Jahren verfügt die EU über keine eigenen Sicherheits- und Verteidigungskräfte. Abschließend soll ein Zitat von Jean-Claude Junckers letzter Rede zur Lage der Union die Gesamtproblematik verdeutlichen: „Europa kann nur mit den Mitgliedstaaten aufgebaut werden, niemals gegen sie“.